

08. Dezember 2025, von Michael Schöfer

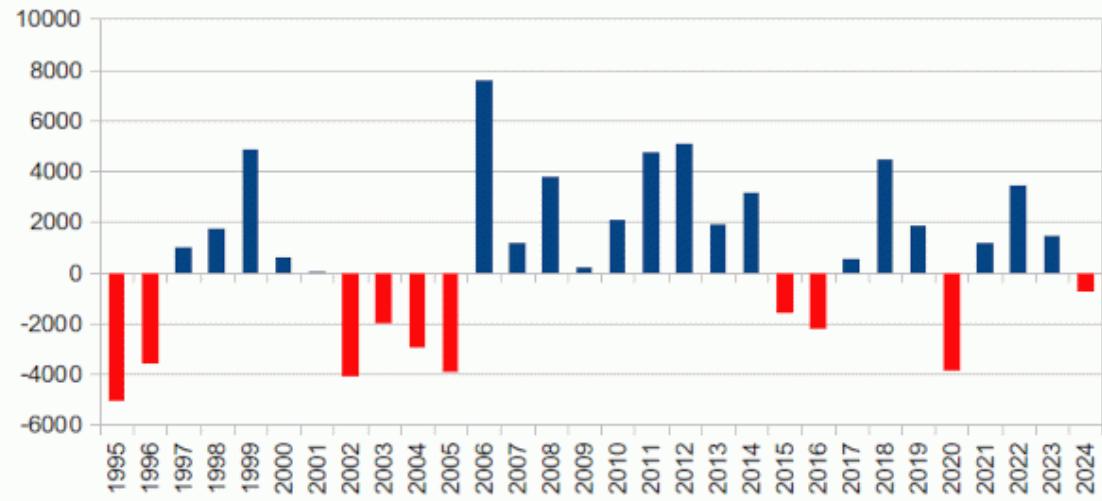
Absenkung des Rentenniveaus schadet gerade den Jungen

"Obwohl diese Entwicklung seit langem bekannt ist, haben vergangene Regierungen vor dem demografischen Wandel stets die Augen verschlossen. Veränderungen an den sozialen Sicherungssystemen gingen zulasten der jungen Generation. Damit muss Schluss sein! Unsere Politik muss wieder enkelfähig werden. Die amtierende Regierung muss unsere sozialen Sicherungssysteme reformieren – sonst gehen Steuern und Sozialausgaben durch die Decke", schreibt die Junge Union im November in ihrem Beschluss "Neuer Generationenvertrag für Deutschland". "Angesichts der finanziellen Schieflage der Rentenversicherung dulden strukturelle Reformen bei der Rente keinen zeitlichen Aufschub. Um den Generationenvertrag zu stabilisieren, müssen daher im Gleichlauf mit dem angekündigten Rentenpaket die im Koalitionsvertrag vereinbarte Rentenkommission eingesetzt und strukturelle Reformen im Bundestag beschlossen werden." [1]

Nun sind die Änderungen beim demografischen Aufbau der Gesellschaft sicherlich nicht zu vernachlässigen, allerdings ist die Lage auch nicht so dramatisch, wie sie von der Jungen Union dargestellt wird. Finanzielle Schieflage? Die Deutsche Rentenversicherung erzielte in den vergangenen 30 Jahren einen Einnahmeüberschuss von insgesamt 20,6 Mrd. Euro, der Beitragssatz ist deshalb heute so niedrig wie 1995 (18,6 %). Die oft kritisierten Boomer mussten während ihres Arbeitslebens lange Zeit einen wesentlich höheren Beitragssatz entrichten, unter dem früheren Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) stieg er sogar auf 20,3 Prozent. Ein bisschen weniger Wehleidigkeit und mehr Orientierung an den Fakten würde erheblich zur Versachlichung der Diskussion beitragen. Von einer "finanziellen Schieflage der Rentenversicherung" kann also, anders als es die JU suggeriert, zurzeit nicht gesprochen werden. Insofern gibt es auch keinen Zeitdruck, die geforderten und sicherlich langfristig auch notwendigen strukturellen Reformen übers Knie zu brechen.

Saldo der Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Rentenversicherung (in Mio. €) [2]			
1995	-5077	2010	+2057
1996	-3615	2011	+4726
1997	+970	2012	+5097
1998	+1735	2013	+1898
1999	+4879	2014	+3166
2000	+579	2015	-1588
2001	+35	2016	-2242
2002	-4125	2017	+530
2003	-1991	2018	+4432
2004	-2965	2019	+1861
2005	-3929	2020	-3887
2006	+7563	2021	+1192
2007	+1183	2022	+3435
2008	+3775	2023	+1467
2009	+211	2024	-775

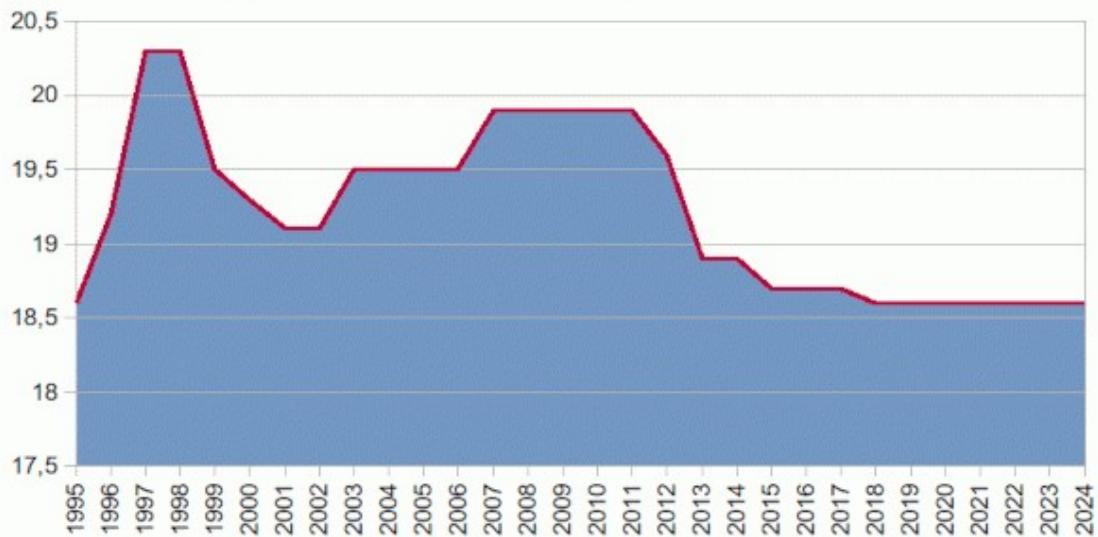
Saldo der Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Rentenversicherung (in Mio. €)



Beitragssatz zur Deutschen Rentenversicherung in % [3]

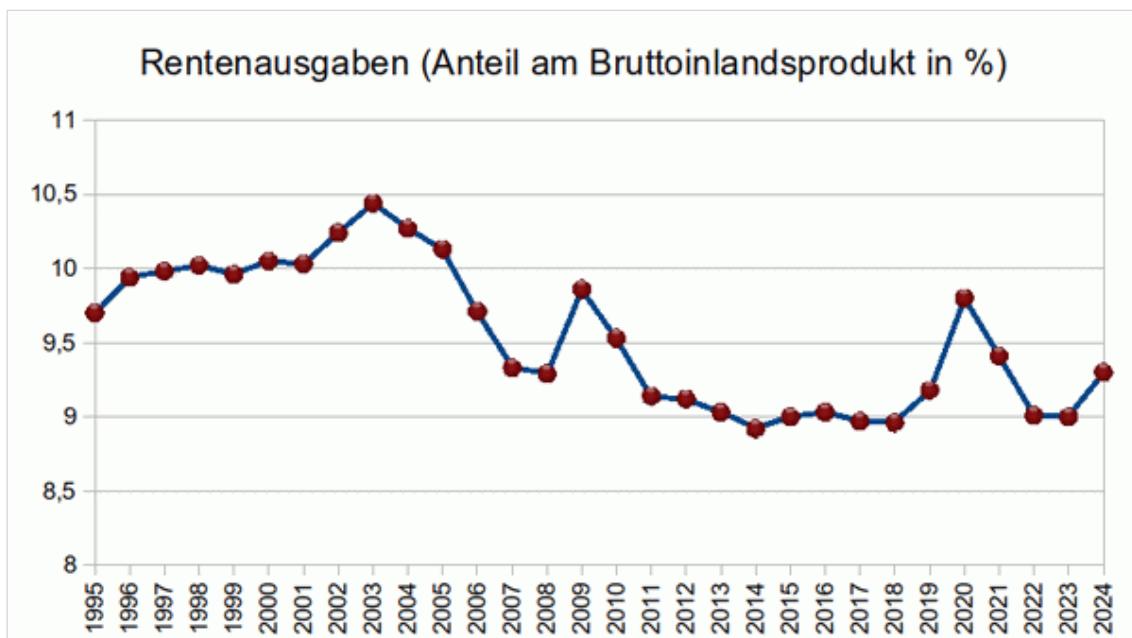
1995	18,6	2010	19,9
1996	19,2	2011	19,9
1997	20,3	2012	19,6
1998	20,3	2013	18,9
1999	19,5	2014	18,9
2000	19,3	2015	18,7
2001	19,1	2016	18,7
2002	19,1	2017	18,7
2003	19,5	2018	18,6
2004	19,5	2019	18,6
2005	19,5	2020	18,6
2006	19,5	2021	18,6
2007	19,9	2022	18,6
2008	19,9	2023	18,6
2009	19,9	2024	18,6

Beitragssatz Deutsche Rentenversicherung (in %)



Gemessen am Bruttoinlandsprodukt sind die Ausgaben der Deutschen Rentenversicherung sogar niedriger als vor 30 Jahren. Der unproduktive (d.h. nicht erwerbstätige) Teil der Bevölkerung (Kinder, Schüler, Studenten, Rentner, Arbeitslose) musste schon von jeher einen Teil der Wertschöpfung in Anspruch nehmen. Der Anteil der Rentner ist bislang im Großen und Ganzen stabil und schwankt zwischen 9 und 10 Prozent des BIP.

	Rentenausgaben (in Mrd. €)	Bruttoinlands- produkt (in Mrd. €)	Anteil in % am BIP [4]
1995	184,380	1899,93	9,70
1996	191,629	1928,56	9,94
1997	196,269	1967,18	9,98
1998	202,550	2022,31	10,02
1999	206,969	2077,24	9,96
2000	213,986	2129,66	10,05
2001	220,282	2195,53	10,03
2002	227,719	2223,36	10,24
2003	233,871	2240,81	10,44
2004	235,433	2293,04	10,27
2005	235,616	2325,71	10,13
2006	235,537	2426,18	9,71
2007	237,106	2542,22	9,33
2008	240,430	2589,28	9,29
2009	245,833	2493,97	9,86
2010	249,197	2615,26	9,53
2011	251,045	2746,91	9,14
2012	255,370	2799,28	9,12
2013	258,770	2866,48	9,03
2014	266,193	2984,47	8,92
2015	277,749	3087,03	9,00
2016	288,430	3195,21	9,03
2017	298,932	3333,11	8,97
2018	307,851	3434,03	8,96
2019	324,816	3537,28	9,18
2020	338,300	3450,72	9,80
2021	346,471	3682,34	9,41
2022	359,549	3989,39	9,01
2023	379,753	4219,31	9,00
2024	402,768	4328,97	9,30



Notwendige Reformen aus der Sicht der JU sind unter anderem:

- Koppelung des Renteneintrittsalters an die fernere Lebenserwartung
- Abschaffung der "Altersrente für besonders langjährig Versicherte"
- Abschläge bei der "Altersrente für langjährig Versicherte" verdoppeln und Altersgrenze erhöhen
- Nachhaltigkeitsfaktor wieder einsetzen und verdoppeln

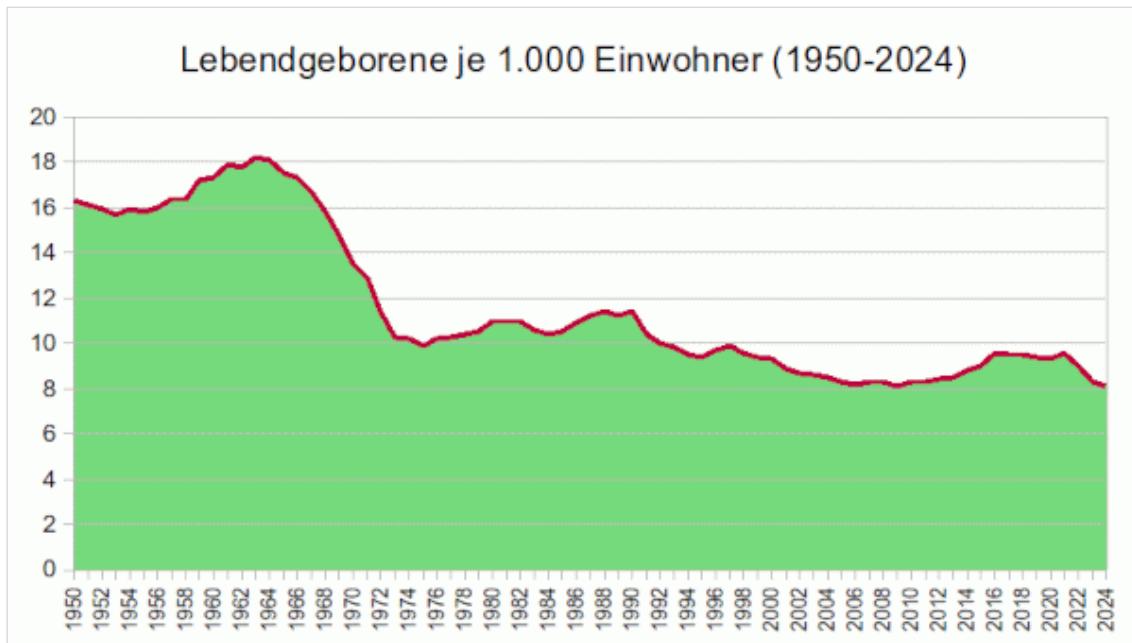
In der Summe sind das Maßnahmen, die das Rentenniveau weiter absenken würden, wobei die Renten hierzulande ohnehin schon niedrig sind. Gerhard Schröder lässt grüßen. Es sind überdies Maßnahmen, die dann ausgerechnet zulasten der jüngeren Generationen gingen, in deren Namen die JU doch zu sprechen vorgibt. Die Nachwuchsorganisation der Union fordert auch eine "Inflations- statt Lohnanpassung von Bestandsrenten", hat aber vorher offenbar nicht nachgerechnet, welche Auswirkungen das hat. Nachrechnen ist besser als nachplappern.

Aussagen über die künftige Höhe der Inflation sind naturgemäß mit hoher Unsicherheit behaftet, aber zumindest seit der Jahrtausendwende hätte die Rentenversicherung mit einer Inflationsanpassung sogar mehr Geld auszahlen müssen. Bei den tatsächlich erfolgten Rentenerhöhungen wurden nämlich zwischen 2000 und 2024 aus 2.000 Euro Rente 3.184,48 Euro, hätte man die Renten jedoch entsprechend der Inflationsrate erhöht, wären es 3.196,47 Euro gewesen. Über die Jahre hinweg wäre da bei aktuell 26,1 Mio. Rentnern eine stolze Summe zusammengekommen. Wenn die JU zugunsten der jüngeren Generation Geld sparen will, ist die Anpassung der Rentenerhöhungen an die Inflation unter Umständen kontraproduktiv. Von vornherein billiger ist diese Lösung jedenfalls nicht.

	Rentenanpassung jeweils zum 01.07 in % (Westdeutschland, Ausgangswert 2.000 €)	Inflationsrate in % [5] (Ausgangswert 2.000 €)
2000	0,60	1,3
2001	1,91	2,0
2002	2,16	1,4
2003	1,04	1,0
2004	0	1,6
2005	0	1,6
2006	0	1,6
2007	0,54	2,3
2008	1,10	2,6
2009	2,41	0,3
2010	0	1,0
2011	0,99	2,2
2012	2,18	1,9
2013	0,25	1,5
2014	1,67	1,0
2015	2,10	0,5
2016	4,25	0,5
2017	1,90	1,5
2018	3,22	1,8
2019	3,18	1,4
2020	3,45	0,5
2021	0	3,1
2022	5,35	6,9
2023	4,39	5,9
2024	4,57	2,2
	3.184,48 €	3.196,47 €

Kontraproduktiv für die Jüngeren wäre wohl auch die Forderung nach geringeren Rentenversicherungsbeiträgen für Eltern, denn gerade die Jüngeren bekommen am wenigsten Kinder. Was das angeht waren selbst die Boomer produktiver. Da das Geld logischerweise irgendwo herkommen muss, bedeutet das eine höhere Beitragsbelastung für die Kinderlosen - etwas, wovon die Jüngeren daher überproportional betroffen wären. Die Junge Union: Wir setzen "uns dafür ein, die Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung künftig nach der Anzahl der Kinder zu differenzieren. Der Beitragssatz für kinderlose Erwerbstätige soll dabei um einen Prozentpunkt, und für Erwerbstätige mit einem Kind um 0,5 Prozentpunkte höher liegen als der Beitragssatz für Erwerbstätige mit zwei oder mehr Kindern." Ob das die gewünschte Wirkung erzielt, eine höhere Geburtenrate, ist obendrein fraglich. Von der Bestrafung bestimmter Lebensentwürfe ganz zu schweigen.

Lebendgeborene je 1000 Einwohner [6]			
1950	16,3	1988	11,4
1951	16,1	1989	11,2
1952	15,9	1990	11,4
1953	15,7	1991	10,4
1954	15,9	1992	10,0
1955	15,8	1993	9,8
1956	16,0	1994	9,5
1957	16,4	1995	9,4
1958	16,4	1996	9,7
1959	17,2	1997	9,9
1960	17,3	1998	9,6
1961	17,9	1999	9,4
1962	17,8	2000	9,3
1963	18,2	2001	8,9
1964	18,1	2002	8,7
1965	17,5	2003	8,6
1966	17,3	2004	8,5
1967	16,7	2005	8,3
1968	15,8	2006	8,2
1969	14,8	2007	8,3
1970	13,5	2008	8,3
1971	12,9	2009	8,1
1972	11,4	2010	8,3
1973	10,3	2011	8,3
1974	10,2	2012	8,4
1975	9,9	2013	8,5
1976	10,2	2014	8,8
1977	10,3	2015	9,0
1978	10,4	2016	9,6
1979	10,5	2017	9,5
1980	11,0	2018	9,5
1981	11,0	2019	9,4
1982	11,0	2020	9,3
1983	10,6	2021	9,6
1984	10,4	2022	9,0
1985	10,5	2023	8,3
1986	10,9	2024	8,1
1987	11,2		



Was die Junge Union leider nicht fordert, ist die Einbeziehung der Beamten und Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung. So wie es Österreich bereits vor zwei Jahrzehnten getan hat. Oder wie es in der Schweiz seit langem üblich ist. Das wäre gerecht, weil dann gleiche Bedingungen für alle herrschen. Und warum nicht die Rente generell durch Steuern finanzieren, sich also ganz von den Beiträgen der Erwerbstätigen lösen? Gewiss, ein ketzerischer Gedanke, aber das würde die Basis der Rente ebenfalls verbreitern, weil dann schließlich alle einzahlen müssten, also etwa auch Bezieher von Kapitalerträgen oder von Mieteinnahmen. Und je breiter die Finanzierungsbasis, desto niedriger fällt die Belastung für den Einzelnen aus.

Ebenso wenig spielt bei der Jungen Union die Zuwanderung von Migranten in den Arbeitsmarkt eine Rolle. Hierzu schreibt die keineswegs als links einzustufende Bertelsmann Stiftung: "Ohne Zuwanderung sinkt die Zahl der Arbeitskräfte in Deutschland bis 2040 um 10 Prozent", die Zahl der Arbeitskräfte würde "von derzeit 46,4 Millionen ohne zusätzliche Einwanderer:innen bis 2040 auf 41,9 Millionen und bis 2060 auf 35,1 Millionen zurückgehen. Um den Bedarf des zukünftigen Arbeitsmarkts zu decken und das Erwerbspersonenpotenzial nicht einbrechen zu lassen, braucht es bis 2040 jährlich rund 288.000 internationale Arbeitskräfte." [7] Dazu bräuchte es jedoch neben einer entsprechenden Willkommenskultur zum Beispiel auch eine wirksame Wohnungsbau- und Mietenpolitik. Oder fühlt sich die Junge Union von diesem vernetzten Denkansatz überfordert?

Man darf gespannt sein, welche Vorschläge die Rentenkommission im nächsten Jahr machen wird. Ich befürchte freilich, dass dabei die Interessen der Arbeitnehmer (= der künftigen Rentner) unterrepräsentiert sind. Meist kommen ja die schlimmsten Vorschläge für den Umbau der Rentenversicherung von denen, die von den Auswirkungen gar nicht betroffen sind: von vergleichsweise gut versorgten Abgeordneten, Beamten und Professoren. Und wenn man nicht betroffen ist, gehen einem die Forderungen nach Absenkung des Rentenniveaus wesentlich leichter über die Lippen, denn ausbaden müssen es schließlich andere, was dann aber wiederum zu verständlichem Frust bei den tatsächlich Betroffenen führt. Mit allen daraus resultierenden Folgen für die Stabilität der Demokratie. Die beste Förderung der Demokratie ist sowieso eine gerechte Sozialpolitik.

- [1] Junge Union, Neuer Generationenvertrag für Deutschland, Beschluss des 77. Deutschlandtages der Jungen Union Deutschlands vom 14. - 16. November 2025 in Rust, PDF-Datei mit 228 KB
 - [2] Deutsche Rentenversicherung, Rentenversicherung in Zeitreihen 2025, Seite 238, PDF-Datei mit 3,3 MB
 - [3] Deutsche Rentenversicherung, a.a.O. Seite 260
 - [4] Deutsche Rentenversicherung, a.a.O Seite 239 und Statistisches Bundesamt, Tabelle 81000-0001 VGR des Bundes - Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt
 - [5] Deutsche Rentenversicherung, a.a.O. Seite 259 und Statistisches Bundesamt, Tabelle 61111-0001 Verbraucherpreisindex (Hinweis: Aufgrund der Wiedervereinigung fielen die Rentenanpassungen bis 2023 in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich aus. Die im Osten waren in Schnitt höher als die im Westen, weshalb ich mich hier auf die Rentenanpassungen in Westdeutschland beschränke.)
 - [6] Statistisches Bundesamt, Lebendgeborene je 1000 Einwohner, Tabelle 12612-0019
 - [7] Bertelsmann Stiftung, Zuwanderung und Arbeitsmarkt
-

© Michael Schöfer, Kleinfeldstr. 27, 68165 Mannheim

URL des Artikels: www.michael-schoefer.de/artikel3/ms3205.html